

11.12.2009

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**

zu dem Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/9853

#### **Zweites Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**

**Berichterstatte**r      Abg. Franz-Josef Knieps      CDU

### **Beschlussempfehlung**

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 14/9853 - wird mit den aus der Gegenüberstellung ersichtlichen Änderungen angenommen.

Datum des Originals: 11.12.2009/Ausgegeben: 14.12.2009

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)



## G e g e n ü b e r s t e l l u n g

### Gesetzentwurf der Landesregierung

**Zweites Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**

#### Artikel 1

Das **Gesetz über die Errichtung und den Betrieb einer Rohrleitungsanlage zwischen Selfkant und Marl** vom 21. Juli 2004 (GV. NRW. S. 411) wird wie folgt geändert:

In § 5 wird die Angabe „bis zum 31. Dezember 2009“ durch die Angabe „bis zum Ablauf des Jahres 2014 und danach alle fünf Jahre“ ersetzt.

#### Artikel 2

Das **Gesetz zur Landesentwicklung (LEPro)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Oktober 1989 (GV. NRW. S. 485, ber. S. 648), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Juni 2007 (GV. NRW. S. 225), wird wie folgt geändert:

1. § 24a Absatz 1 Satz 4 wird aufgehoben.
2. In § 38 wird die Angabe „31. Dezember 2009“ durch die Angabe „31. Dezember 2011“ ersetzt.

#### Artikel 3

Das **Gesetz über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht** vom 24. März 1977 (GV. NRW. S. 136), geändert durch Artikel 244 des Zweiten Befristungsgesetzes vom 5. April 2005 (GV. NRW. S. 274) wird wie folgt geändert:

In § 2 wird die Angabe „31. Dezember 2009“ durch die Angabe „31. Dezember 2016“ ersetzt.

### Beschlüsse des Ausschusses

#### Artikel 1

Unverändert

#### Artikel 2

Das **Gesetz zur Landesentwicklung (LEPro)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Oktober 1989 (GV. NRW. S. 485, ber. S. 648), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Juni 2007 (GV. NRW. S. 225), wird wie folgt geändert:

1. unverändert
2. § 26 wird aufgehoben.
3. - bisher 2. - unverändert

#### Artikel 3

Unverändert

**Artikel 4**

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

**Artikel 4**

Unverändert

## Bericht

### A Allgemeines

Der Gesetzentwurf der Landesregierung, "Zweites Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie", Drucksache 14/9853, wurde am 8. Oktober 2009 durch Plenarbeschluss an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie überwiesen.

Laut Gesetzentwurf habe Nordrhein-Westfalen mit den Gesetzen zur Befristung des Landesrechts aus den Jahren 2004 und 2005 nahezu das gesamte Landesrecht unter den grundsätzlichen Vorbehalt der Befristung und der ständigen Überprüfung des kompletten Normbestands gestellt. Zum Jahresende 2009 würden Befristungstermine wirksam, so dass Entscheidungen über die Fortexistenz der Rechtsnormen zu treffen seien. Daneben seien zu diesem Termin Aussagen über die Auswirkungen einer gesetzlichen Regelung vorzulegen.

Um den Aufwand möglichst gering zu halten, würden - wie bereits mit dem Ersten Mantelgesetz aus dem Jahre 2008 - nunmehr die zum 31.12.2009 vorzunehmenden Befristungsregelungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie in einem Zweiten Mantelgesetz gebündelt, soweit auf diese Vorschriften nach sorgfältiger Prüfung nicht verzichtet werden könne und sie keiner grundlegenden inhaltlichen Änderung bedürften.

Mit der Verlängerung der Gültigkeit des Gesetzes zur Landesentwicklung (LEPro) würde der bisherige Status quo fortgeführt. Veränderungen hinsichtlich der Auswirkungen ergäben sich demzufolge nicht.

Die im Artikelgesetz enthaltenen Vorschriften würden weiterhin entsprechend den Vorgaben des Befristungsprojektes befristet.

### B Beratungsverfahren

Der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 11. November 2009 erstmalig beraten. Die Fraktionen von CDU und FDP legten den nachfolgenden Antrag als Tischvorlage vor.

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP:

*"Der Gesetzentwurf der Landesregierung wird wie folgt geändert:*

*Artikel 2 erhält folgende Fassung:*

*Artikel 2*

*Das Gesetz zur Landesentwicklung (LEPro) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Oktober 1989 (GV. NRW. S. 485, ber. S. 648), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Juni 2007 (GV. NRW. S. 225), wird wie folgt geändert:*

*1. § 24a Absatz 1 Satz 4 wird aufgehoben.*

*2. § 26 wird aufgehoben.*

3. In § 38 wird die Angabe „31. Dezember 2009“ durch die Angabe „31. Dezember 2011“ ersetzt.“

*Begründung:*

*Die Regelungsinhalte von § 26 LEPro sind - wie nachstehend dargestellt - durch Kapitel D.II Energieversorgung des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) abgedeckt und daher entbehrlich.*

*LEPro § 26 Abs. 1:*

*Absatz 2 der Vorbemerkungen zu Kapitel D.II Energieversorgung des LEP NRW entspricht § 26 Abs. 1 LEPro und wird durch die LEP NRW-Ziele D.II.2.1 – 2.7 konkretisiert. Insbesondere LEP NRW-Ziel D.II.2.3 hebt die Notwendigkeit der Energieeinsparung und die Steigerung der Energieproduktivität hervor.*

*LEPro § 26 Abs. 2:*

*LEP NRW-Ziel D.II.2.1 gibt § 26 Abs. 2 LEPro fast wortgleich wieder.*

*LEPro § 26 Abs. 3:*

*LEP NRW-Ziel D.II.2.5 geht auf die kombinierte Strom- und Wärmeerzeugung ein.*

*LEP NRW-Ziel D.II.2.6 stellt darüber hinaus auf die optimale Energienutzung ab, die sich durch die räumliche Zuordnung von Wohnsiedlungsbereichen und Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereichen zu Anlagen der Energieumwandlung (Kraftwerken) ergeben.*

*LEP NRW-Ziel D.II.2.7 fordert Energiekonzepte, die bei der kommunalen und regionalen Entwicklungsplanung berücksichtigt werden sollen.*

*Der Landtag erwartet, dass im Rahmen der Änderung des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen für den Abschnitt Energie zeitgemäße Regelungen für die Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in Umsetzung der europäischen und nationalen Gesetzgebung und für den künftigen Einsatz der heimischen Energieträger einschließlich der erneuerbaren Energien gefunden werden."*

Es wurde beschlossen, eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen durchzuführen und den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP mit einzubeziehen. Die Anhörung hat am 27. November 2009 stattgefunden. Das Protokoll der öffentlichen Anhörung trägt die Nummer APr. 14/1013.

Anlässlich der öffentlichen Anhörung sind folgende Stellungnahmen eingegangen:

Organisation/Verband	Sachverständige/r	Stellungnahmen	Seite
Stadt Datteln	Petra Weiß	14/2941	7, 19, 37, 45
Vereinigung der Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf	Michael Pieper	14/2952	8
Stadt Waltrop	Andreas Scheiba	14/2948	8
Zentralinstitut für Raumplanung an der Universität Münster	Dr. Susan Grotefels	14/2950	9, 20, 27, 32, 38

Energiewirtschaftliches Institut der Universität zu Köln	Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge	-	10, 38, 45
E.ON Kraftwerke GmbH, Hannover	Dr. Ingo Luge	14/2940	10, 28, 33, 40, 46
Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft, Berlin	Andrees Gentzsch	14/2951	11, 21, 29, 41
VGB Power Tech, Essen	Dr. Karl A. Theis	14/2958	13
Landesgeschäftsstelle BUND NRW, Düsseldorf	Dirk Jansen	14/2949	14, 22, 34
Bundesverband WindEnergie, Berlin	Andreas Lahme	14/2947	14, 22, 35, 43
Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft, Essen	Dr. Udo Kalthoff	-	15
Deutsche Umwelthilfe, Berlin	Rainer Baake	14/2939	29, 34, 42

weitere Stellungnahmen	
Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände in NRW, Köln	14/2945
Bundesverband Erneuerbare Energien, Berlin	14/2947 (gemeinsame Stellungnahme mit dem Bundesverband WindEnergie, Berlin)

In seiner Sitzung am 9. Dezember 2009 hat der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie die abschließende Beratung zu dem Gesetzentwurf durchgeführt.

Die **SPD-Fraktion** sah die schon vor der Anhörung von ihr geäußerte Einschätzung, die Aufhebung des § 26 LEPro nützte dem Vorhaben in Datteln nichts, durch die Mehrzahl der Sachverständigen bestätigt. Zugleich verschärfe dieser von den Koalitionsfraktionen beantragte Schritt die Probleme, für industrielle Großprojekte im Land Nordrhein-Westfalen die unbedingte notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung zu finden, und wirke insofern kontraproduktiv. Mit Kritik bedacht hätten viele der Experten auch das dafür von der Landesregierung gewählte Hau-Ruck-Verfahren.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** schloss sich den Ausführungen der SPD-Fraktion an und ergänzte, diese Gesetzesänderung stelle alles auf den Kopf, was man von verantwortlichem programmatischem Handeln auf dem Feld Raumordnung und Landesplanung erwarten sollte. Das Gesetz diene ausschließlich dem Zweck, Verfahrensfehler bei einem Projekt - das Oberverwaltungsgericht habe bekanntlich den Bebauungsplan für nichtig erklärt - zumindest betreffend die landesplanerische Seite zu heilen.

Dass die Koalition ihrer ambitionierten Ankündigung, in dieser Legislaturperiode LEPro und LEP zusammenzuführen, bis zum Ende der Legislaturperiode schon aus zeitlichen Aspekten keine Taten mehr folgen lassen werde, beanstandeten die Grünen zwar, doch auf weitaus größere Kritik stöße die jetzige Aktion, nämlich Ziele wie den Klimaschutz durch Kraft-Wärme-Kopplung und Energieeffizienz aus einem Gesetz, dem LEPro, zu streichen und sie in eine unterrangige Verordnung einzubauen, und das alles nur zu dem Zweck, eine Kraftwerksbaustelle zu halten. Daraus spreche das Gegenteil von vernünftigem Planungshandeln.

Eine solche Maßnahme mache sich für die Landesregierung auch eingedenk der zeitgleich in Kopenhagen stattfindenden Weltklimakonferenz nicht gut, die dem Ziel diene, ein internationales Klimaabkommen zustande zu bringen. Die Regierung des Energielandes Nummer eins streiche genau die dort angestrebten Festlegungen aus dem Landesentwicklungsprogrammgesetz.

Ein solches Handeln der Landesregierung müsse man als Murks bezeichnen, zumal sich frage, ob das Ganze dem Kraftwerksbau in Datteln überhaupt nütze.

Die **Landesregierung** betonte, alles, was hier unterstellt werde, entspreche nicht den Sachverhalten. Alle, die sich mit dem in der Anhörung wirklich Vorgetragenen auseinandersetzen, könnten nicht zu der von SPD und Grünen vorgenommenen Bewertung gelangen. Denn: Im Landesentwicklungsplan fänden sich alle in § 26 LEPro definierten allgemeinen Ziele vollständig und als Ziele der Raumordnung konkretisiert wieder. Von daher seien die entsprechenden Ziele der Raumordnung derzeit doppelt geregelt; ein von Frau Dr. Grotefels in der Anhörung am 27. November zu Recht als Tautologie charakterisierter Umstand. Dies mache § 26 LEPro vollständig verzichtbar, ohne dass ein einziges der darin benannten Ziele entfallen werde. Zugleich müsse - vor dieser Aufgabe stehe die Landesregierung bei der Formulierung des vorgezogenen Energieteils - das in § 26 bisher Festgeschriebene bei dieser Gelegenheit raumordnerisch überprüft werden.

Die **FDP-Fraktion** unterstützte die Meinung der Landesregierung: Eine Regelungslücke bestehe nicht, da der LEP die in Rede stehenden Vorschriften ebenfalls ausweise. Es sei wichtig, heute die Entscheidung zu treffen, wenn man das Kraftwerk in Datteln wolle. Insofern könne man kein Verständnis für die Einlassungen der SPD-Fraktion haben, deren Position doch bis jetzt als ein Ja zur Verstromung von sowohl Braun- als auch Steinkohle in Nordrhein-Westfalen verstanden werden mussten.

In der Anhörung habe sich sehr deutlich, unter anderem durch den Beitrag von Professor Dr. Bettzüge, die große Notwendigkeit des Kraftwerkserneuerungsprogramms - und damit auch des Kraftwerks in Datteln - herauskristallisiert. Professor Dr. Bettzüge habe mit seinen Ausführungen die Einwände der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Deutschen Umwelthilfe und anderer klar entkräftet und aufgezeigt, dass es der neuen und besseren Kraftwerke bedürfe, wolle man dem Klimaschutz gerecht werden. Die FDP-Fraktion setze im Übrigen weiterhin auf heimische Energieträger wie die Braunkohle, wie die regenerativen Energieträger.

Die **CDU-Fraktion** erinnerte daran, dass nicht zum ersten Mal die Zusammenführung von LEP und LEPro nicht erreicht werde, handele es sich doch um ein erklärtes - und auch sinnvolles - Ziel schon der vorigen, der rot-grünen Landesregierung. Man bedaure einerseits außerordentlich, dass dies immer noch nicht gelungen sei, doch zeichne sich ein Abschluss dieses Vorhaben für die nächste Legislaturperiode - und angesichts der weit fortgeschrittenen Arbeiten nicht erst zum Ende derselben - ab. Das Vorziehen der Novellierung des Energieteils im LEP begrüße die CDU-Fraktion ausdrücklich, werde doch justament in diesem Teil ausführlich die Energiepolitik für das Land Nordrhein-Westfalen formuliert, und dies un-



gleich umfänglicher, als dies im LEPro jemals dargelegt werden könnte oder dargelegt worden sei.

Als für die CDU-Fraktion ganz wesentlich wurde die ausdrückliche Erwähnung des weiteren Ausbaus der regenerativen und erneuerbaren Energien im neuen Energieteil des LEP sowie die dort ebenfalls verankerte weitere Nutzung der heimischen Braunkohle hervorgehoben. Beides brauche das Land, strebe es an, die Klimaschutzziele umzusetzen; den Ausbau der regenerativen, der erneuerbaren Energien, aber auch die Erneuerung des Kraftwerksparkes im Bereich der fossilen Energieträger, die Planungssicherheit in der Braunkohle voraussetze, die von daher im LEP zum Ausdruck kommen müsse.

Die CDU-Fraktion erachte es als vernünftig, nicht nur § 26 LEPro zu streichen, sondern darüber hinaus im Energieteil des LEP die künftige nordrhein-westfälische Energiepolitik darzulegen. Strebe man tatsächlich die Erfüllung der ambitionierten Klimaschutzziele an, würden Kraftwerksneubauten wie in Datteln auch in den nächsten Jahren, wahrscheinlich sogar noch Jahrzehnten gebraucht.

### **C Schlussabstimmung**

Der Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, der in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Energie am 11. November 2009 in die Beratung eingebracht worden war, wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

In der abschließenden Gesamtabstimmung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 14/9853 - wurde dieser einschließlich der zuvor angenommenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Franz-Josef Knieps  
(Vorsitzender)